Stärkste Solidarität der Gewerbetreibenden und Mittelständler mit den Textilarbeitern bedeutet, daß die Offensive der profitgierigen Textilbarone in Sachsen zum Stehen gebracht werden kann. Das aber bedeutet, daß die Gewerbetreibenden und Mittelständler die besten und einzig richtigen Abwehrmaßnahmen gegen ihre eigene Verelendung ergriffen haben. Deshalb:

In jedem Ort Einheitsfront der Arbeiter und der Gewerbetreibenden!

In jedem Ort ein Solidaritätsausschuß!

Alles für den Sieg des sächsischen Textilproletariats!

Unterstützungserhöhung erkämpft

Ein anfeuerndes Beispiel, wie man durch zähen, entschlossenen Kampf erfolgreich gegen Unterstützungsabbau, für höhere Unterstützungen kämpfen kann, lieferten die Erwerbslosen von Knielingen bei Karlsruhe. Durch ihr geschlossenes Auftreten und durch ihre gemeinsame Kampfaktion wurden die zuständigen Behörden veranlaßt:

1. **die Pflichtarbeit einzustellen;**
2. **jedem Erwerbslosen eine Zusatzunterstützung von 5 bis 8 Mark pro Woche zu bewilligen;**
3. **Lebensmittelscheine mehr als bisher auszugeben.**

Die Knielinger Erwerbslosen begannen ihren Kampf kurz vor der Reichstagswahl. In einer gutbesuchten Erwerbslosenversammlung beschlossen sie einmütig, für die Forderungen mit aller Entschlossenheit zu kämpfen.

Gleichzeitig wurde ein Kampfausschuß gebildet und mit der Organisierung des Kampfes beauftragt. Am 2. August sammelten sich über 200 Erwerbslose vor dem Rathaus, um den Erwerbslosenausschuß, der mit dem Gemeinderat verhandelte, zu unterstützen. Unter dem Druck der Erwerbslosen verhandelte der Bürgermeister mit dem Arbeitsamt Karlsruhe über Mietzuschuß und Einstellung der Arbeit. Die Arbeit wurde dann auch sofort eingestellt.

Aber damit gaben sich die Erwerbslosen nicht zufrieden. Die Gemeinderäte mußten mit auf das Arbeitsamt. Der Massendruck der erbitterten Erwerbslosen, die entschlossene Haltung des Ausschusses veranlaßten das Arbeitsamt, den Forderungen der Erwerbslosen nachzugeben. Sie bewilligten jedem Erwerbslosen eine Zusatzunterstützung von 5 bis 8 Mark pro Woche. Außerdem werden mehr Lebensmittelscheine als bisher ausgegeben.

Die erfolgreichen Aktionen der Erwerbslosen führten noch zu einem Beschluß des Gemeinderats, daß, wenn der Staat nicht eingreift und die Gemeinde mit Zuschüssen unterstützt, dann Bürgermeister und Gemeinderäte ihre Ämter niederlegen.

Die nationalsozialistischen Führer versuchten, den Kampf der Erwerbslosen zu sabotieren und beschimpften sie als „Faulenzer". Als das bekannt wurde, zogen die Knielinger Erwerbslosen demonstrativ vor die Wohnungen der bekanntesten Nationalsozialisten und gaben ihrer Empörung durch entrüstete Rufe Ausdruck.

Streikleitung der Pflichtarbeiter verhaftet

„Erst das Essen, dann die Miete", unter dieser Losung führten die Lehrter Pflichtarbeiter ihren Kampf. Am 12. August wurden die Forderungen der Streikenden vom Kampfausschuß dem Magistrat überbracht. Sämtliche 10 Mitglieder des Kampfausschusses, sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter wurden dabei verhaftet. Sie wurden bis gegen 18 Uhr festgehalten, dann wurden acht von ihnen wieder freigelassen, während zwei Kommunisten nach Celle transportiert wurden.

Am 13. August morgens standen wieder Massenstreikposten. Die Polizei verhaftete den Kreistagsabgeordneten Genossen August Tünnemann, als er sich über die Vorgänge in Lehrte informieren wollte, auf offener Straße.

Diese Maßnahmen haben unter der werktätigen Bevölkerung große Empörung hervorgerufen. Das Rathaus war den ganzen Tag von Hunderten von Erwerbslosen umlagert. Die Pflichtarbeiter haben diese Maßnahmen mit Verbreiterung des Streiks und Verstärkung der Massenstreikposten beantwortet.

Morddrohungen Hitlers

Sein Stabschef steht offen zu den Terrorakten der Nazis

In einem Befehl des Stabschefs der Nazi-SA, Röhm, wird den SA- und SS-Leuten als Trost für den noch nicht durchgeführten Marsch auf Berlin ein zehntägiger Urlaub gegeben. In diesem Befehl erklärt Röhm unter anderen:

„In berechtigter Abwehr der marxistischen Bluttaten ist in einigen besonders bedrohten und heimgesuchten Gebieten scharfe Notwehr und Vergeltung erfolgt. Ich sehe es als meine Ehrenpflicht an, den Männern, die in Ausübung ihrer Notwehr richtig gehandelt haben und deshalb unter Verfolgung und Strafe gestellt wurden, in jeder mir möglichen Weise beizustehen."

Das ist ein offenes Bekenntnis der SA-Führung zu den Bombenattentaten, das in gleicher Form von Hitler selbst abgegeben wurde.

Hitler gab einem Vertreter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" eine Unterredung, in der er u. a. erklärte:

„Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwätzen lassen durch die dummen Phrasen von Ruhe und Ordnung . . . Das Abschlachten (so log Hitler die Mordtaten der Nazis um) nimmt aber ein Ende, wenn ich mich gezwungen fühle, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tschekamethoden aber dann wohl blitzschnell beseitigen wird."

Diese kaum verhüllten Mordaufforderungen Hitlers haben den besonderen Zweck, die SA-Leute, bei denen es gärt, von ihrer Enttäuschung und Unzufriedenheit abzulenken, indem sie zu neuen Morden auf Arbeiter gehetzt werden.

Einen Versuch, die Empörung der SA-Leute gegen Hitler zu dämpfen, stellt auch der „Gruppenbefehl 17" dar, der im „Angriff" vom 16. August veröffentlicht wird und in dem Helldorf erklärt: „Ich verstehe wohl, Kameraden, daß Ihr alle, die Ihr mit Ungeduld auf die Entscheidung gewartet habt, jede weitere Verzögerung schwer ertragt." Helldorf scheint ernsthaft zu befürchten, daß die SA-Leute ihre „eigenen politischen Wünsche" nicht zurückstellen gedenken, denn er vertröstet sie in den nachfolgenden Sätzen darauf, daß „an den großen revolutionären Aufgaben sich nichts geändert hat. Lediglich der Zeitpunkt ist verschoben worden und ich nehme an, daß bereits in den nächsten Wochen die politischen Voraussetzungen für die Machtübernahme durch die NSDAP geschaffen sein werden." Auch der Wirkung dieser Vertröstung scheint Helldorf nicht sicher genug zu sein, denn er folgt eine Anweisung, daß die SA bis 28. August beurlaubt ist.

In dem Interview Hitlers ist auch ein halbes Eingeständnis enthalten, daß die NSDAP die Papenregierung toleriert hat. Hitler drückt das demagogisch so aus: „Ich trat der Regierung von Papen, deren Mitglieder ich ja überhaupt zum größten Teil nicht kannte, so entgegen, wie ich jeder sich national nennenden Regierung bisher entgegengetreten bin und entgegentreten werde. **Ich unterstütze und dulde sie zumindest so lange, als man durch ihre Leistungsfähigkeit eine Stärkung der nationalen und eine Schwächung der marxistischen Front erkennen kann."**

Somit bedeuten die Hungernotverordnungen der Papenregierung, die Hitler unterstützt hat, eine Stärkung der „nationalen Front", die in der Tat nichts anderes ist, als das kapitalistische System.

Zwei Arbeiter von Nazi-Gutsbesitzer vorsätzlich ermordet

Der Besitzer Hinz aus Tammawischken bei Insterburg saß im Gasthaus Jablean und hatte mit den dort anwesenden Trainagearbeitern ein politisches Gespräch. Die Arbeiter ließen sich nicht für die Nazibewegung gewinnen. Hinz fuhr darauf nach Hause, holte seinen Revolver und lauerte die Arbeiter, die abends nach Insterburg nach Hause gingen, auf. Als die Arbeiter herankamen, feuerte Hinz 10 bis 12 Schüsse auf die Arbeiter ab. Die Arbeiter Groß aus Insterburg und Werner aus Beyernthal sanken getroffen zusammen und waren sofort tot.

Hierauf flüchtete Hinz auf seine Besitzung, wo er sich mit dem Revolver der Polizei entgegenstellte. Schließlich wurde er in einem Roggenfeld gestellt und verhaftet.

Kleinbauerngehöft von Nazis eingeäschert

Hindenburg (Oberschlesien). In der Nacht vom 14. zum 15. August wurde auf die Besitzung des Kleinbauern Barawski in Jamm, Kreis Rosenberg in Oberschlesien, ein Bombenattentat durch Nationalsozialisten verübt. Gleichzeitig wurde die Besitzung von Barawski, der als Antifaschist bekannt war, durch die Nazis in Brand gesteckt. Das Gehöft brannte bis auf die Grundmauern nieder. Durch die Bombe wurde die Einrichtung vollkommen demoliert, der Besitzer und seine beiden Söhne konnten sich nur mit größter Not aus dem brennenden Gebäude retten. Als mutmaßliche Anstifter von Bombenattentat und Brandstiftung kommt der nationalsozialistische frühere Inspektor des Guts Jamm in Frage, der schon verschiedentlich vorher mit „Ausräumen" gedroht hat.

Ein weiterer Nazischwindel

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag raste der SS-Führer und Privatsekretär Borgmann mit einem Motorrad auf der Straße nach Friedrichsgrätz bei Oppeln. Durch irgendeinen unglücklichen Umstand stürzte B. und überschlug sich. Durch den heftigen Sturz brach sich B. das Rückgrad und war nach kurzer Zeit tot.

Die Nazipresse lügt den Unfall um und schreibt:

„Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß der Sturmführer das Opfer eines Attentats der Kommunisten geworden ist." „Es sei festgestellt", daß die bösen Kommunisten gesehen hätten, daß B. abgefahren sei; dann hätten sie das sofort weitergemeldet, worauf dann Kommunisten dem Borgmann entgegengerast wären, unterwegs einen Telegraphenmast abgesägt und über die Straße gelegt haben, über den B. gestürzt sei."

Diese von der Nazipresse verbreitete Tatarengeschichte trägt den Stempel der Lüge so offensichtlich auf der Stirn, daß sie jedes weitere Wort erübrigt. Mit ihr verhält es sich ebenso wie in anderen Fällen, daß die skrupellose Mordhetze der Nazis aus jedem Unfall ein „kommunistisches Verbrechen" macht.

Keine Gehälter im Lande Nazi-Röver's

In Delmenhorst in Oldenburg konnten die für den 6. August bereits fälligen Lehrergehälter sowie auch die Gehälter der Angestellten und Beamten noch nicht zur Auszahlung gelangen, da die Gemeinde keine Geldmittel mehr hat. Vertreter des Magistrats und des Finanzausschusses wurden bei Röver vorstellig und erbaten Hilfe. Aber Nazi-Röver, der ja als „Sanierungs"-Minister alle Notverordnungsmaßnahmen durchführt, und mitverantwortlich für diese Zustände ist, schickte die Vertreter der Stadt Delmenhorst ohne Hilfe wieder nach Hause. Er denkt nicht daran, die Großkapitalisten zu besteuern.

Das Beispiel zeigt, daß die Nazis, die den Beamten und Angestellten große Versprechungen machten, nicht daran denken, den Werktätigen zu helfen, wenn sie erst in der Regierung sind. Auch die von den Naziführern irregeführten Angestellten und Beamten müssen erkennen, daß die Sicherung ihrer Lebensexistenz nur in einem sozialistischen Deutschland verwirklicht werden kann. Deshalb, Angestellte und Beamte, auch ihr gehört in die Reihen der Antifaschistischen Aktion zum gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Faschismus.

45 Arbeiter vor dem Sondergericht

Riesenprozeß gegen Reichsbannerleute über den Ohlauer Blutsonntag

Am Montag begann in Brieg in Schlesien der erste Prozeß vor dem Sondergericht. 45 Arbeiter, darunter zwei Arbeiterinnen sollen wegen der Vorgänge am Blutsonntag in Ohlau verurteilt werden. Am 10. Juli kam es bekanntlich in Ohlau zu schweren Ueberfällen und Exzessen der Nationalsozialisten gegen die Ohlauer Arbeiterschaft. Bei der Abwehr der nationalsozialistischen Ueberfälle wurden zwei SA-Leute getötet und zahlreiche Arbeiter schwer verletzt.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die 45 Arbeiter, die zum größten Teil dem Reichsbanner angehören, Anklage wegen Landfriedensbruch, schweren Landfriedensbruch und gegen einige noch wegen Rädelsführerschaft erhoben. In diesem Prozeß wird noch nicht verhandelt wegen der Tötung der beiden Nationalsozialisten. Dazu soll ein besonderes Verfahren stattfinden. Bis jetzt sind 150 Zeugen geladen, darunter ungefähr 60 Zeugen, die die Verteidigung zur Entlastung stellt.

45 Arbeitern droht das Urteil des Sondergerichtes. Das erste Sondergericht, das in Deutschland stattfindet, wird nicht nationalsozialistische Mörderbanden aburteilen, sondern Arbeiter, die sich gegen die schießenden und stechenden SA- und SS-Horden zur Wehr gesetzt haben.

Reichsbannerarbeiter sollen abgeurteilt werden. Und der „Vorwärts" findet heute kein Wort, um diese Tatsache mitzuteilen. Der „Abend" hält es nicht für nötig, auch nur eine Zeile dem großen Prozeß in Brieg zu widmen. Sozialdemokratische Arbeiter erwarten ein Schreckensurteil. Aber das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei nimmt dazu nicht Stellung.

81 Zeugen sind bereits geladen, jedoch wurden am ersten Tage von der Vertretung, die von den Rechtsanwälten Dr. Forder, Breslau, Dr. Braun, Magdeburg, und Mosbach, Berlin, geführt wird, noch weitere Zeugenladungsanträge gestellt. Der erste Tag der Verhandlung befaßte sich mit der Vernehmung der Angeklagten.

„Eigenmächtige Massenernte"

Das Berliner „12-Uhr-Blatt" vom 15. August berichtet, daß in Dortmund-Mette etwa 100 Personen „beim eigenmächtigen Ernten überrascht" worden seien, die kurzerhand ein Weizenfeld abernteten. Selbst dem „12-Uhr-Blatt" dämmert, daß es „sich wohl um mehr als einen gewöhnlichen Diebstahl" handelt und „Arbeitslosigkeit und allerdürftigstes Lebensminimum", also der Massenhunger, dazu treibt.

Tatsächlich wird das „eigenmächtige Ernten" bereits zu einer Massenerscheinung als Folge der Massenverelendung im verfaulenden Kapitalismus. Die großagrarische Presse versucht dies zu einer gesteigerten Verhetzung der werktätigen Bauern gegen die Arbeitslosen auszunutzen. Die Schuldigen am Massenelend suchen aus den Auswirkungen ihres Systems noch ein politisches Geschäft zu machen. Der politische Klassenintrikt der hungernden Massen erschwert aber den faschistischen Großagrariern diese Hetze, da die „eigenmächtige Massenernte" auf den Feldern der Großbauern und Junker durchgeführt wird und nicht bei den Klein- und Mittelbauern.

Hamburger Hafenarbeiter streiken

Am 13. August verweigerten die Hafenarbeiter der Vermittlungsstelle Harburger Straße in Hamburg geschlossen die Arbeitsannahme, so daß die Vermittlung vollkommen ruhte. Der Kampf der Hafenarbeiter richtete sich gegen das Ansinnen einer Firma, Schauerleute für nur eine halbe Schicht anzumustern. Die Hafenarbeiter forderten Vermittlung für nur volle Schichten, sowie Nummernvermittlung. Die Hafenarbeiter der Vermittlungsstelle Harburger Straße forderten alle Kollegen auf, den Kampf um diese Forderungen zu unterstützen.

Betriebe in Antifaschistischer Aktion

Streiks in allen Teilen Deutschlands

Die Belegschaft der Strickfärberei Budde in Wuppertal antwortete auf einen von der Firma geforderten Prämienabzug mit Streikbeschluß. Trotzdem die DTV-Bürokratie die Unterbindung des Streiks ablehnte, hielt die Belegschaft den Streikbeschluß aufrecht und erreichte durch ihre Geschlossenheit und Kampfbereitschaft die Zurücknahme der Unternehmerforderung und die Rückgängigmachung eines bereits vor 14 Tagen durchgeführten Prämienabzuges.

Durch passive Resistenz verhinderte die Belegschaft der „Riepenberg" in Haan die Durchführung eines beabsichtigten Lohnabbaues von 20 bis 30 Prozent. Durch den einheitlichen, geschlossenen Widerstand aller Kollegen wurde der Unternehmer zur Kapitulation gezwungen.

Die Belegschaft der Baufirma Bellinger in Ohligs erreichte durch entschlossene Streikandrohung die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen sowie die sofortige Auszahlung rückständiger Löhne.

Die Former des Stahlwerkes Krieger in Oberkassel legten am 12. August die Arbeit nieder, weil sich die Firma seit Wochen weigerte, den tariflich festgesetzten Mindestlohn zu zahlen. Der einmütig und entschlossen geführte Kampf hatte einen vollen Erfolg. Schon nach zweistündigem Streik erklärte sich die Werksleitung zur Nachzahlung des zu wenig gezahlten Lohnes bereit. Daraufhin nahmen die Former (60 Mann) die Arbeit wieder auf mit dem Beschluß, den Streik sofort weiterzuführen, wenn es die Firma wagen sollte, das gegebene Versprechen nicht zu halten.

Die Lehrlinge der Fahrradfabrik Axien in Altona haben am 12. August in einer Lehrlingsversammlung beschlossen, sich mit der streikenden Belegschaft solidarisch zu erklären und nicht wieder in den Betrieb zu gehen. Die Lehrlinge haben ihren Streikbeschluß bis auf einen vollzählig am 13. 8. durchgeführt. Die Lehrlinge haben sich einen Kampfausschuß gewählt und eine Reihe betrieblicher Forderungen aufgestellt. Die Streikfront der Gesamtbelegschaft steht ungebrochen.

Die Belegschaft der Dortmunder Union erzwang durch ihre entschlossene Kampfbereitschaft Lohnverhandlungen der gewählten Einheitskommission der Arbeiter mit der Direktion. Die Werksleitung bewilligte allen Arbeitern, die nur 35 Mark ausgezahlt bekamen, einen Vorschuß von 20 Mark. Der Kampf der Union-Proleten geht weiter. In den letzten drei Wochen haben 45 Unionarbeiter ihren Beitritt zur RGO erklärt und vier Arbeiter traten der KPD-Betriebszelle bei.

Diese Aktionen der Betriebsarbeiter sind wuchtige Schläge gegen die faschistische Reaktion. Folgt überall diesen Beispielen, um das faschistische Ausbeutersystem vernichtend zu schlagen.

Steigert die Antifaschistische Aktion in den Betrieben!
Mobilisiert und organisiert den letzten Betriebsfeiertag zum gemeinsamen Kampf in der Antifaschistischen ...